Fraktion AfD



Titel der Drucksache:

4. Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse - Dringlichkeitsanträge

Drucksache	1528/25
Stadtrat	Entscheidungsvorlage
Stautiat	öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit		
Hauptausschuss	24.06.2025	öffentlich	Vorberatung		
Stadtrat	25.06.2025	öffentlich	Entscheidung		

Beschlussvorschlag

Die	in	der	Anlage	1	befindliche	4.	Änderung	der	Geschäftsordnung	für	den	Stadtrat	der
Land	desh	าลนชา	tstadt Er	fu	rt und seiner <i>i</i>	Aus	schüsse wi	rd be	schlossen.				

03.06.2025, gez.

Nachhaltigkeitscontrolling	Nein	Ja, siehe Anlage	Demografisches Control	ling Nein	Ja, siehe Anlage				
Finanzielle Auswirkungen	Nein	☐ Ja →	Nutzen/Einsparung	Nein	Ja, siehe Sachverhalt				
		↓	Personal- und Sachkost Personalkosteneinspar						
Deckung im Haushalt	Nein	Ja	Gesamtkosten	EUR					
<u></u>									
		2025	2026	2027	2028				
Verwaltungshaushalt Einnahmen		EUR	EUR	EUR	EUR				
Verwaltungshaushalt Ausgaben		EUR	EUR	EUR	EUR				
Vermögenshaushalt Einnahmen		EUR	EUR	EUR	EUR				
Vermögenshaushalt Ausgaben		EUR	EUR	EUR	EUR				
Deckung siehe Entscheidungsvorschlag									
Fristwahrung X Ja Nein									
Anlagenverzeichnis Anlage 1 - 4. Änderung der Geschäftsordnung Anlage 2 - Synopse									

Sachverhalt

In der Praxis werden zunehmend Dringlichkeitsanträge durch Fraktionen sehr kurzfristig eingebracht – teils erst am Tag der Sitzung selbst oder sogar nur wenige Stunden vor Sitzungsbeginn. Dieses Vorgehen erschwert eine angemessene und sachgerechte Vorbereitung durch die Stadtverwaltung erheblich. Auch den anderen Fraktionen wird dadurch die Möglichkeit genommen, sich inhaltlich fundiert mit dem Antrag auseinanderzusetzen. Die Transparenz des Beratungsprozesses leidet – sowohl intern im Gremium als auch gegenüber der Öffentlichkeit.

Zwar regelt § 1 Abs. 5 der Geschäftsordnung bereits, dass bei verkürzter Einladungsfrist der Stadtrat die Dringlichkeit vor Eintritt in die Tagesordnung feststellen muss. Eine genauere Definition, was als dringlich gelten kann, fehlt jedoch bislang. Diese Lücke soll mit der vorgeschlagenen Änderung geschlossen werden.

Zur Erhöhung der Verbindlichkeit und Nachvollziehbarkeit wird daher eine verpflichtende schriftliche Begründung eingeführt, die mit Einreichung des Antrags vorgelegt werden muss. Darin ist darzulegen, warum der Antrag nicht fristgerecht gestellt werden konnte und welche konkreten Nachteile der Stadt bei Nichtbehandlung entstehen würden.

DA 1.15 Drucksache : **1528/25** Seite 2 von 3 LV 1.53

Solche Nachteile können insbesondere sein:

- der drohende Verlust fristgebundener Fördermittel
- auslaufende Ausschreibungsfristen bei Vergaben
- kurzfristig notwendige Vertragsabschlüsse mit externen Partnern
- notwendige Zuschussentscheidungen für zeitkritische Kultur- oder Vereinsveranstaltungen
- das Erfordernis zur Rechtswahrung in laufenden Verfahren
- sicherheitsrelevante Infrastrukturmaßnahmen zur Abwehr unmittelbarer Gefahren

Die Entscheidung über die Zulassung zur Behandlung bleibt beim Stadtrat. Dieser stellt mit einer qualifizierten Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Mitglieder fest, ob die dargelegte Dringlichkeit zur sofortigen Beratung berechtigt. Damit wird eine faire und strukturierte Behandlung gewährleistet, ohne dass die Stadtverwaltung als Filterinstanz fungieren muss.

Zur Geschäftsordnung beantragen wir vorsorglich eine geheime Abstimmung gem. §39 Abs. 1 ThürKO.

Drucksache: 1528/25 Seite 3 von 3